



Auswertung der ver.di-Umfrage

**»Einkommenssituation und Arbeitsbedingungen von
Musikschullehrkräften und Privatmusiklehrkräften«**

Februar 2008 bis April 2008

Von Februar 2008 bis April 2008 wurde von der Fachgruppe Musik in ver.di eine bundesweite Umfrage zu Einkommenssituation und Arbeitsbedingungen von Musikschullehrkräften durchgeführt. Damit wurde erstmalig eine solide Datenbasis geschaffen, die die seit Jahren durch die Fachgruppe Musik angeprangerten Missstände nunmehr auch empirisch belegt. Die Ergebnisse sind in weiten Teilen besorgniserregend und lassen über den Fokus auf die Lehrkräfte hinaus allgemeine Schlüsse auf den Gesamtzustand der deutschen Musikschulen zu:

- Eine überwiegende Zahl von Musikschullehrerinnen und -lehrern werden als Honorarkräfte, also ohne ausreichende soziale Absicherung, statt in Festanstellungen beschäftigt, die Tendenz steigt.
- Das Einkommen der vielen freien Mitarbeiter ist dabei mit bundesweit durchschnittlich 13.330 Euro brutto erschreckend niedrig. In den neuen Bundesländern ist das durchschnittliche Jahreshonorar mit 12.065 Euro noch niedriger. Mit 1.000 Euro bis 1.100 Euro monatlichem Brutto gehören die hoch qualifizierten Lehrkräfte der deutschen Musikschulen somit zum Prekariat unserer »Bildungsgesellschaft«.
- Die Möglichkeit, durch mehr Unterricht das Einkommen zu erhöhen, wird häufig nicht geboten, weil die Musikschulen vielen Lehrerinnen und Lehrern nur eine begrenzte Stundenzahl anbieten, obwohl auf Seiten der Lehrkräfte der Wunsch besteht, mehr zu unterrichten.
- Ein gravierendes Problem für die meisten Musikschullehrkräfte stellt auch der zunehmend in den Nachmittag erweiterte Unterricht der allgemein bildenden Schulen dar, durch den die Zeiten, in denen der Musikschulunterricht stattfinden kann, stark eingeschränkt werden.
- Die Kooperation mit Ganztagschulen ist offensichtlich bereits fester Bestandteil des Musikschulbetriebes, wobei im Alltag jedoch an vielen Stellen sowohl im Organisationsbereich als auch hinsichtlich der Qualifikationsmaßnahmen für die Lehrkräfte Mängel benannt werden. Auch die Bezahlung wird von der Mehrzahl der Befragten als unzureichend angegeben.

Zusammenfassend muss festgestellt werden: Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Musikschullehrkräfte haben sich in den letzten Jahren stetig verschlechtert. Zwar werden an den Musikschulen zunehmend Qualitätssicherungssysteme wie QsM eingesetzt, die notwendigen finanziellen Mittel zur Personal- und Sachausstattung jedoch nicht genügend zur Verfügung gestellt. Das gilt für die traditionellen Aufgaben der Musikschulen ebenso wie für die neu hinzugekommenen wie die Kooperation mit Ganztagschulen und die Erwachsenenbildung.

Die Schere zwischen den VdM-Richtlinien zur Qualität und Ausstattung der Musikschulen einerseits und den realen Bedingungen für Schüler, Lehrer und Leiter andererseits ist somit größer denn je.

Die Musikschulen dürfen unter keinen Umständen dem freien Spiel der Marktkräfte ausgesetzt werden, wie es immer wieder von verschiedenen Seiten gefordert wird. Dazu werden sie unter qualitativ bildungspolitischen Aspekten, verbunden mit dem Prinzip der Chancengleichheit, niemals in der Lage sein. Die Mahnung an die Politik, endlich wirksam gegenzusteuern, ist nicht neu, jedoch noch einmal um einiges dringlicher.

Berlin, im November 2008


Stefan Gretsch
Vorsitzender

Rücklauf

Insgesamt war der Rücklauf der Fragebögen gut. Es sind zusammen 2480 Fragebögen von 1875 Personen eingegangen. Die unterschiedliche Anzahl von Fragebögen und Personen kommt dadurch zustande, dass Personen, die mehrere Beschäftigungsverhältnisse haben, gebeten wurden, für jedes Beschäftigungsverhältnis einen eigenen Fragebogen auszufüllen.

Die Auswertung wurde getrennt für die alten und neuen Bundesländer und Berlin durchgeführt (**Tabelle 3**).

	Beschäftigungsstatus		
	volle Stelle	Teilzeit	ohne feste Stelle
öffentliche Musikschule	238	838	701
private Musikschule	16	61	164
privat	1	122	173
gesamt	255	1021	1038

Aufteilung der zurückgesendeten Fragebögen (nicht Personen!) nach Art des Beschäftigungsverhältnisses.

Tabelle 1: Aufteilung der Fragebögen nach Beschäftigungsstatus

Aus **Tabelle 1** ist neben der Zahl der Rückläufe leicht ersichtlich, dass die volle Stelle im Musikschulbereich eine offensichtlich untergeordnete Rolle spielt. Während im Bereich der öffentlichen Musikschulen Teilzeitstellen und die verschiedenen Arten der freien Mitarbeit ungefähr gleich häufig vertreten sind (mit einer leichten Tendenz zu Gunsten der Teilzeitstelle), spielt die volle Stelle im Bereich der privaten Musikschulen nahezu keine Rolle und auch die Teilzeitbeschäftigung ist im Vergleich mit freier Mitarbeit von geringer Bedeutung.

	höchster Beschäftigungsstatus		
	volle Stelle	Teilzeit	ohne feste Stelle
öffentliche Musikschule	232	664	435
private Musikschule	18	90	94
privat	4	181	100
gesamt	254	935	629

Aufteilung der zurücksendenden Personen nach Art des höchsten Beschäftigungsverhältnisses. Dabei wird eine Person, die eine Teilzeit- und eine freie Mitarbeiterstelle hat, **nur** bei Teilzeit aufgelistet.

Tabelle 2: Aufteilung der Personen nach Beschäftigungsstatus

In **Tabelle 2** werden die einzelnen Fragebögen aus **Tabelle 1** zu Personen zusammengefasst. Das heißt, bei Personen mit mehreren Beschäftigungsverhältnissen wird das jeweils ‚beste‘ (volle Stelle ist besser als Teilzeit, Teilzeit ist besser als ohne feste Stelle) Beschäftigungsverhältnis ausgewertet. Aus den Zahlen ergibt sich, dass 6 Personen angegeben haben, mehr als eine volle Stelle zu haben (Aufgrund der typischen Arbeitszeiten von Musikschullehrern scheint dies schwer möglich, sodass hier vermutl. Fehler bei den Angaben gemacht wurden.) Interessanter ist, dass offensichtlich eine erhebliche Anzahl von Teilzeitbeschäftigten zusätzlich als freie Mitarbeiter tätig ist.

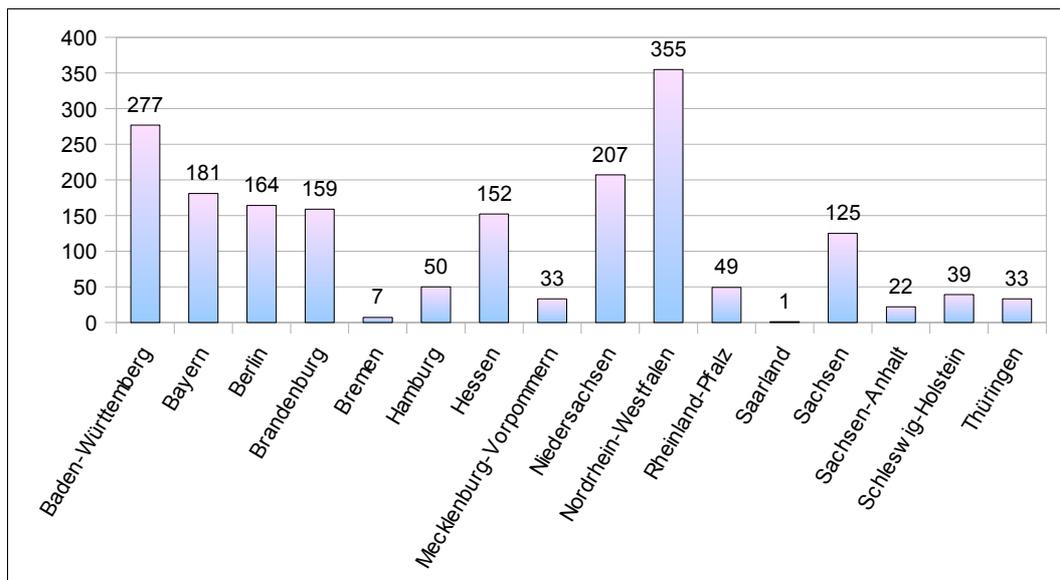


Abbildung 1: Anzahl der Antworten nach Bundesländern

Abbildung 1 zeigt die Zahl der Personen, die geantwortet haben nach Bundesländern. Es ist schnell zu erkennen, dass die Rückläufe sehr unterschiedlich waren. Dies gilt auch in Bezug auf die tatsächliche Beschäftigtenzahl in den jeweiligen Bundesländern. In Abbildung 2 ist das Verhältnis der Antworten zur Beschäftigungsstatistik für das Jahr 2007 des VDM dargestellt.

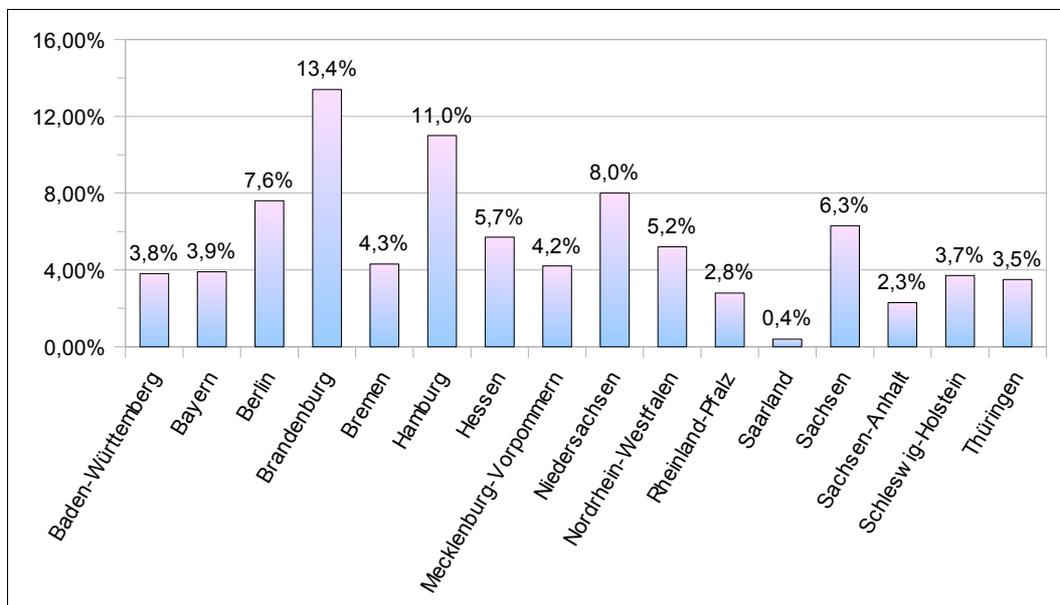


Abbildung 2: Anzahl der Antworten im Verhältnis zur VDM-Beschäftigungsstatistik 2007

	Rücklauf		
	Personen	Fragebögen	Durchschn. Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse
alte Bundesländer	1340	1818	1,35
neue Bundesländer	372	451	1,21
Berlin	163	211	1,29
gesamt	1875	2480	1,32

Tabelle 3: Anzahl der Antworten nach Regionen

Bei den Berufsgruppen hat sich bei der Befragung gezeigt, dass die Zahl der berufsfremd Unterrichtenden verschwindend gering ist. Unter allen Befragten, die nur Teilzeit- oder als freie Mitarbeiter beschäftigt sind, haben 73% angegeben, hauptberuflich Musikschullehrer zu sein. 18% gaben an, freie Musiker zu sein. Alle anderen Berufsgruppen bewegten sich im Bereich unter 2%. Insbesondere die Zahl der Orchestermusiker war mit 1,9% überraschend gering. Ob dies daran liegt, dass nur wenige Orchestermusiker an Musikschulen unterrichten, oder ob die Orchestermusiker nur kein Interesse an der Befragung hatten, kann, wie bereits in den Vorbemerkungen erläutert, nicht geklärt werden.

Soziale Situation

Insgesamt lässt sich bereits aus **Tabellen 1 und 2** leicht ablesen, dass nur eine relativ geringe Zahl von Musikschullehrer/innen den ‚Luxus‘ einer vollen Stelle genießt. In **Abbildung 5** ist dieser Zusammenhang noch einmal grafisch dargestellt. Hier ist leicht zu erkennen, dass die Vollzeitstelle einen extrem geringen Anteil an allen Beschäftigungsverhältnissen hat. Dabei bildet Berlin mit weitem Abstand sowohl bei den Voll- als auch bei den Teilzeitstellen das Schlusslicht. Insgesamt wird aber die Forderung des VDM nach 70% Festangestellten nicht einmal in den alten Bundesländern ganz erreicht.

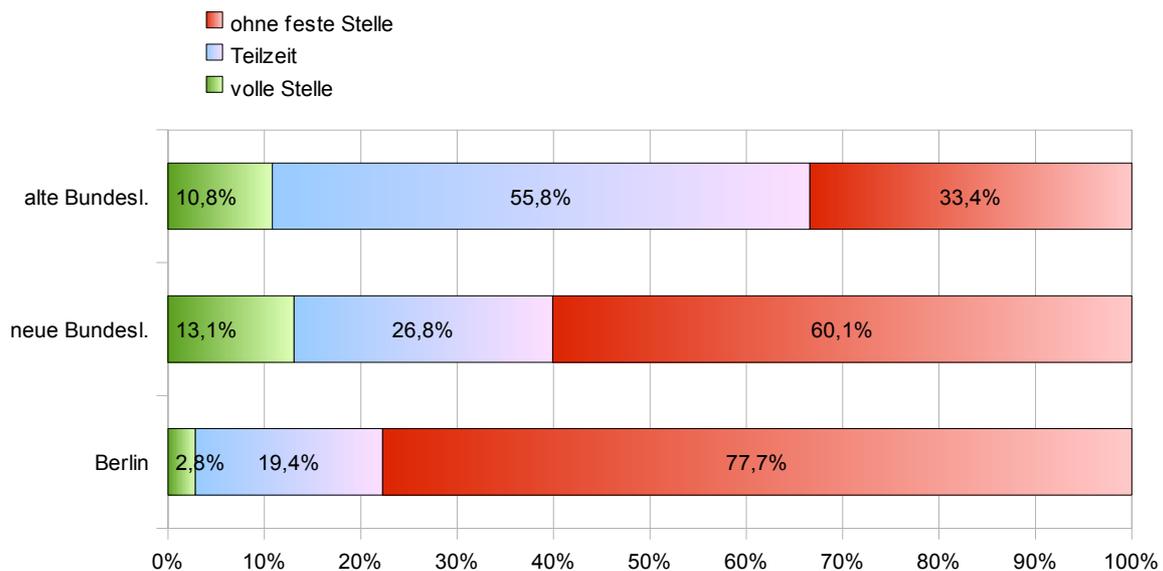


Abbildung 5: Beschäftigungsstatus (einzelne Verträge)

Abbildung 6 zeigt die Verteilung der Beschäftigungsverhältnisse nach Altersgruppen. Dabei ist zu beachten, dass hier nur jeweils das ‚beste‘ Beschäftigungsverhältnis der Befragten gewertet wird. Daraus folgt, dass der Balken ‚ohne feste Stelle‘ nur Befragte enthält, die ausschließlich als freie Mitarbeiter tätig sind.

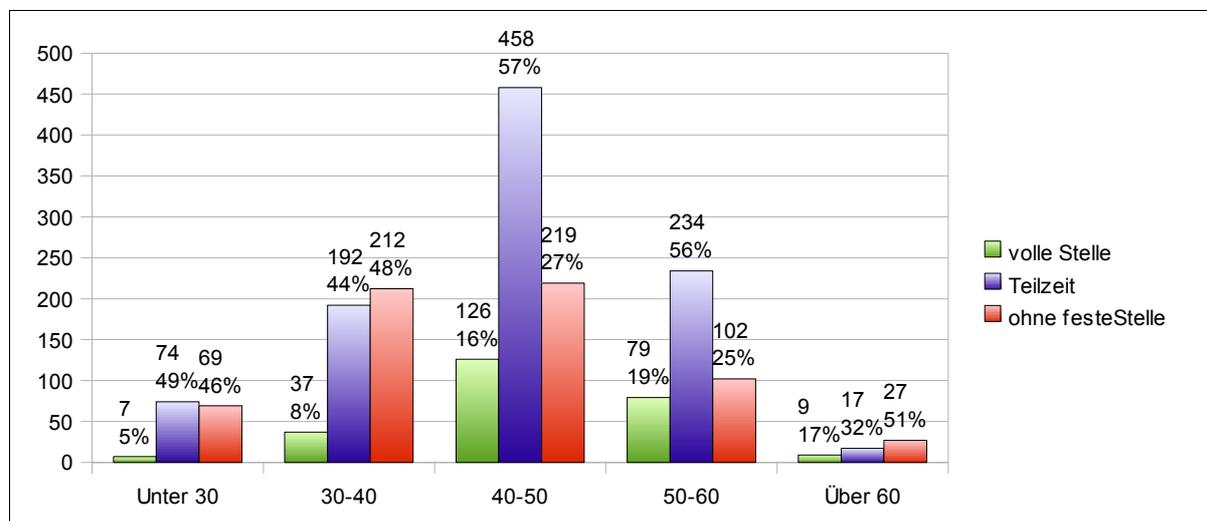


Abbildung 6: ‚bestes‘ Arbeitsverhältnis nach Altersgruppen

Gerade bei den Jüngeren ist die Zahl derer, die eine volle oder wenigstens eine Teilzeitstelle haben, besonders gering. Während die 40-60 Jährigen nur zu rund 26% ausschließlich als freie Mitarbeiter tätig sind, sind bei den 30-40 Jährigen mit 48% rund die Hälfte aller Befragten ohne feste Anstellung.

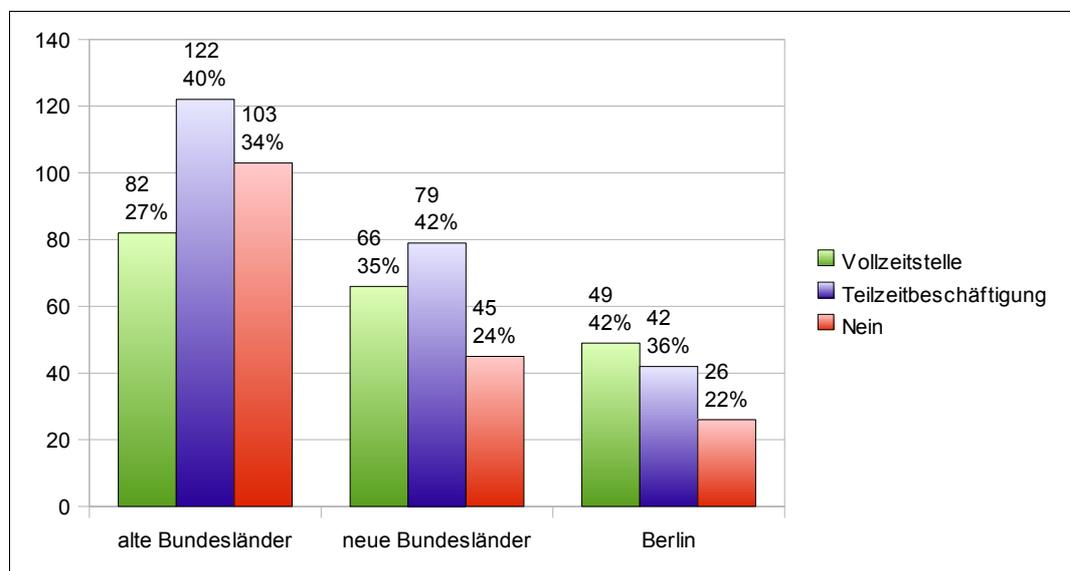


Abbildung 7: Wunsch nach Festanstellung bei freien Mitarbeitern

Dass der Status als freier Mitarbeiter nicht primär dem Wunsch der Lehrer/innen entspringt, zeigt **Abbildung 7**. Nur ein Drittel der freien Mitarbeiter in den alten Bundesländern wünscht sich keine Festanstellung. In den neuen Ländern (24%) und Berlin (22%) liegt dieser Prozentsatz noch deutlich niedriger. Und auch die teilzeitbeschäftigten Lehrer/innen wünschen sich zu ca. 37% eine volle Stelle.

Immerhin sind die meisten der Befragten, die ausschließlich als freie Mitarbeiter tätig sind, Mitglied in der Künstlersozialkasse (KSK) (alte Länder: 78%, neue Länder 80%, Berlin 94%) und besitzen damit eine wenigstens grundlegende Absicherung. Diese Absicherung ist jedoch im Hinblick auf die niedrigen Einkünfte zumindest was die Rentenerwartung angeht eher bescheiden.

Bei anderen sozialen Absicherungen sieht es jedoch dramatisch schlechter aus. Kündigungs- und Mutterschutz ist bei freien Mitarbeiter mit 1-5% der Befragten je nach Region nahezu unbekannt. Die Honorarfortzahlung im Krankheitsfalle ist in Berlin (60%) immerhin recht weit verbreitet. In den alten Ländern (18%) sieht es damit schon nicht mehr besonders gut aus. Mit nur 8% der Befragten zeigen sich die neuen Länder auch hier als soziales Schlusslicht. Immerhin werden in den meisten Fällen Stunden vergütet, wenn die Schüler absagen – zumindest wenn diese Absage kurzfristig erfolgt.

Die gerade im Bereich Musiker eigentlich wichtige Berufsunfähigkeitsversicherung ist bei den Befragten weitgehend unbekannt. Von 1875 Befragten gaben nur 12% (228) an, eine Berufsunfähigkeitsversicherung zu haben.

Einkommenssituation

Bei der Auswertung der Einkommenssituation wurde nur die Einkommen von freien Mitarbeitern ausgewertet, da die Honorare der fest Angestellten durch TVöD etc. bekannt sind. Darum wurden in dieser Auswertung nur jene Befragten berücksichtigt, die angegeben haben, ausschließlich als freie Mitarbeiter tätig zu sein. Ebenfalls unberücksichtigt bleiben in dieser Auswertung die privaten Lehrer, da diese ihre Honorare selbst mit den Schülern vereinbaren. Außerdem ist diese Gruppe so klein, dass sich keine brauchbaren statistischen Aussagen treffen lassen. Insgesamt blieben nach diesen Einschränkungen noch 441 Befragte übrig. Zur Berechnung des Jahreseinkommens wurden die Monatsvergütungen mit 12 multipliziert. Bei Einzelstundenvergütungen wurde von 39 Jahreswochenstunden ausgegangen.

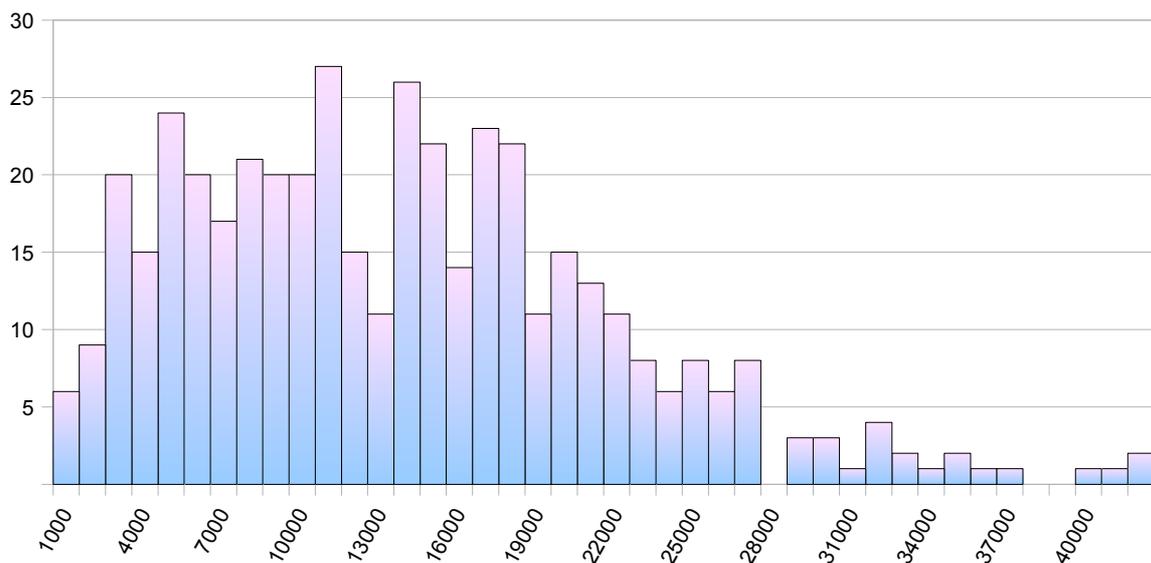


Abbildung 9: Häufigkeitsverteilung der Honorare

Abbildung 9 zeigt die Verteilung der Honorare. Der Mittelwert von ca. 13.330 € ist als Jahreshonorar für eine Musikschullehrer mit abgeschlossenem Studium erstaunlich niedrig. Dabei gibt es bei den Jahreseinkünften erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen.

	alte Bundesländer	neue Bundesländer	Berlin
Durchschn. Jahreseinkünfte	13718 €	12065 €	14855 €

Tabelle 4: Durchschnittliche Jahreshonorare

In diesem Zusammenhang kann auch gesehen werden, dass 53% der o.g. Gruppe aus finanziellen Gründen gerne mehr unterrichten würden. Unter allen Befragten gaben immerhin 44% an, dass sie aus finanziellen Gründen gerne mehr unterrichten würden. Von diesen 44% (831 Befragte) gaben wiederum 46% an, dass die Musikschule ihnen nicht mehr Unterrichtsstunden anbietet. Und diese Situation könnte sich angesichts weiterer Sparmaßnahmen in Zukunft noch verschlechtern.

63% aller Befragten gaben an, bereits jetzt Probleme mit der Organisation des Unterrichts zu haben, weil die allgemein bildenden Schulen den Unterricht zunehmend in den Nachmittag ausdehnen. Wenn sich die Ganztagschule künftig flächendeckend durchsetzen wird, sind er-

hebliche Probleme für den Musikschulbetrieb sowie die Einkommenssituation der Lehrkräfte zu erwarten.

Auch bei der Erhöhung der Honorare sind die Arbeitgeber offensichtlich eher zögerlich. Von 802 Honorarverträgen, bei denen die Befragten dazu Auskunft gaben, hat bei 32% seit 2002 oder länger keine Honorarerhöhung mehr stattgefunden.

Dafür scheint unbezahlte Mehrarbeit durchaus nicht selten zu sein. Bei 865 Verträgen von freien Mitarbeitern an Musikschulen wurden in 47% der Fälle durchschnittlich 3:30 Std. unbezahlte Mehrarbeit pro Monat angegeben.

Auch die Bezahlung der Lehrer während der Ferien ist nicht flächendeckend gewährleistet. Während in Berlin immerhin 77% der freien Mitarbeiter an Musikschulen angaben während der Ferien bezahlt zu werden, sind es in den alten Bundesländern mit 46% nicht einmal die Hälfte der Betroffenen. Absolutes Schlusslicht mit nur 4,6% sind auch hier wieder die neuen Bundesländer.

Kooperation mit allgemein bildenden Schulen

Die Kooperation mit Ganztagschulen ist offensichtlich bereits jetzt fester Bestandteil des Musikschulbetriebes. Dies zeigt sich auch daran, dass nur 8,5% der Befragten eine Kooperation ablehnen, der größte Teil der Befragten befürwortet solche Kooperationen.

Insgesamt gaben 30% der Befragten an, in einer allgemeinbildenden Schule tätig zu sein. Dabei ist diese Unterrichtsform in den alten Ländern mit 34% gegenüber Berlin (28%) und den neuen Ländern (20%) deutlich weiter verbreitet.

Ihre Verantwortung für diese neue Unterrichtsform scheinen die Musikschulen jedoch nur teilweise ernst zu nehmen. Nur 41% der an allgemeinbildenden Schulen tätigen Musiklehrer/innen hatten Gelegenheit, eine vom Arbeitgeber finanzierte Qualifizierung zu diesem Thema zu besuchen. Auch mit der Bezahlung für diese besondere Unterrichtsform sind nur 35% der Befragten zufrieden oder sehr zufrieden.

Bei den Arbeitsbedingungen an den Schulen sind die Meinungen jeweils relativ geteilt. Mit der Organisation sind 52% der Befragten zufrieden oder sehr zufrieden. Bei den räumlichen Bedingungen sind es 48% und mit der Zusammenarbeit mit den Lehrern der allgemeinbildenden Schulen sind 55% zufrieden oder sehr zufrieden.

Kritisch betrachtet werden sollte, dass immerhin 13% der Befragten den Eindruck hatten, dass ihr Unterricht als Ersatz für regulären Musikunterricht benutzt wird. Ebenfalls problematisch erscheint, dass 10% der in den Ganztagschulen Tätigen angaben, dass Musikschullehrer auch gegen deren Willen an Ganztagschulen eingesetzt werden.

Gruppenunterricht

In den letzten Jahren war von politischer Seite häufig die Forderung nach einer Erhöhung des Anteils des Gruppenunterrichts, vor allem zur Verbesserung der Einnahmen der Musikschulen, zu hören. Ob diese Forderungen tatsächlich zu Veränderungen im Verhältnis zwischen Einzel- und Gruppenunterricht führen, kann erst in nachfolgenden Vergleichsuntersuchungen geklärt werden. Der jetzige Stand kann jedoch dokumentiert werden.

	öffentl. Musikschule	Private Musikschule	Privatlehrer
alte Bundesländer	1 : 1,9	1 : 2,5	1 : 6,7
neue Bundesländer	1 : 3,0	1 : 4,3	1 : 4,1
Berlin	1 : 5,4	1 : 4,5	1 : 20,8

Tabelle 5: Verhältnis Gruppen- zu Einzelunterricht

In **Tabelle 5** ist angegeben, wie viele Einzelunterrichtsstunden auf eine Gruppenunterrichtsstunde kommen. Dabei ist festzustellen, dass der Gruppenunterricht bei den Privatlehrern insgesamt eine eher geringe Rolle spielt. Auffällig ist, dass sowohl in den alten als auch in den neuen Bundesländern entgegen der weit verbreiteten Vermutung der Gruppenunterricht bei den privaten Musikschulen weniger häufig eingesetzt wird, als an öffentlichen Musikschulen. (Allerdings war der Rücklauf aus den privaten Musikschulen insgesamt zu gering, um verlässliche Aussagen zu treffen.) Berlin ist in diesem Bereich eine Ausnahme. Hier gibt es vor allem im Bereich der öffentlichen Musikschulen erheblich mehr Einzelunterricht als im Rest der Republik. Wie lange dieser Zustand angesichts knapper Kassen aufrecht erhalten wird, bleibt abzuwarten.